



Politischer Informationsdienst aus Berlin

für den Wahlkreis 119 - Essen II -
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

Sitzungswoche vom 19.05.2014 bis 23.05.2014



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

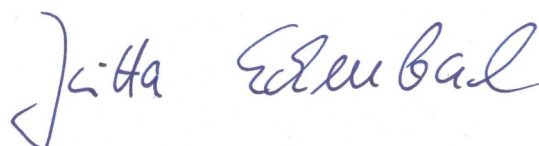
bereits in meinem ersten Newsletter als Bundestagsabgeordnete haben ich Sie über das geplante Rentenpaket informiert. Am heutigen Freitag ist das Rentenpaket in 2./3. Lesung vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Damit ist es nun den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit möglich, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Darüberhinaus erhalten die Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren und erzogen haben einen monatlich pauschalen Rentenzuschlag von 28,61 Euro (West) bzw. 26,39 Euro (Osten). Außerdem wird das Rentenpaket von der Verbesserung in der Erwerbsminderungsrente und der Aufstockung des Reha-Budgets flankiert.



Überschattet wurde diese Sitzungswoche, von den Ereignissen in Nigeria. Die Gruppe der Frauen entschloss sich daher zu einer Solidaritätsbekundung und symbolisierte vor dem Reichstag Mitgefühl mit den Opfern und Geschlossenheit im Kampf gegen terroristische Vereinigungen wie aktuelle in Nigeria Boko Haram.

An diesem Freitag gedachte der Deutsche Bundestag in einer Feierstunde dem 65. Bestehen des Grundgesetzes. Dieses Grundgesetz ist es, dass uns Freiheit und Demokratie gewährleistet. Es ist das quasi das „Filterorgan“ Deutschlands, das jedes Gesetz, das im Bundestag verabschiedet wird, passieren muss. Es ist daher die Aufgabe von uns allen, das große Erbe der Väter und Mütter des Grundgesetzes zu bewahren und zu schützen!

Ihre



In dieser Ausgabe:

Mehr Gerechtigkeit für Mütter in der	2
Bring back our girls	2
Berufsbildungsbericht 2014	3
Operation Atalanta	3
Sukzessivadoption durch Lebenspartner	3
Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP) 2015/2016	3

Bring back our girls

„Bedrückt sind wir vom Schicksal der Mädchen, die von Boko Haram in Nigeria entführt wurden.“, so Jutta Eckenbach MdB. Über das Schicksal der Mädchen und über die Lage in Nigeria wurde in einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragten aktuellen Stunde im Bundestag diskutiert.



Zudem bekundete die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Solidarität mit den Mädchen, die unfassbares Leid und eine lebenslange

Mehr Gerechtigkeit für Mütter in der Rente

„Die Mütterrente kommt. Wir können Vollzug melden“, erklärt Jutta Eckenbach MdB, nach der Abstimmung des Rentenpakets im Deutschen Bundestag. Die Union löse damit eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen ein.

Ab 1. Juli 2014 werde für jedes vor 1992 geborene Kind ein zusätzliches Jahr Kindererziehungszeiten in der Rente gutgeschrieben. Damit werden anstelle von bisher einem nun zwei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet. **„Wer bereits Rente bezieht, erhält für jedes vor 1992 geborene Kind monatlich einen pauschalen Rentenzuschlag von 28,61 Euro (West) bzw. 26,39 Euro (Osten). Dieser Betrag wird jedes Jahr zum 1. Juli um den Prozentsatz erhöht, um den die Rentenbeiträge generell angehoben werden. Wer noch aktive/r Arbeitnehmer/in ist, erhält für jedes vor 1992 geborene Kind einen Entgeltpunkt zusätzlich auf seinem Rentenkonto gutgeschrieben“**, erläutert Jutta Eckenbach MdB.



Die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und die Anhebung des Rehabudgets seien wichtige Maßnahmen, die auch für künftige Generationen die Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung gewährleisten. „Wer wegen Krankheit vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss oder nicht mehr voll arbeiten kann, ist in ganz besonderem Maße auf die Solidarität der Versichertengemeinschaft angewiesen“, betont Jutta Eckenbach MdB. In der Regel könnten die Betroffenen nicht mit einer üppigen Rente rechnen und die wenigsten könnten an ihrer Erwerbssituation noch etwas ändern.

Bei der politisch durchaus umstrittenen Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren bereits ab 63 eine abschlagfreie Rente beantragen zu können, sei es gelungen, in den Nachverhandlungen durch eine Stichtagsregelung neue Frühverrentungsanreize zu unterbinden.

Zudem werde jetzt auch das Arbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze vereinfacht. „Durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer während des laufenden Vertrages kann ein Arbeitsverhältnis auch über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinaus verlängert werden. Eine solche Verlängerung ist auch mehrfach möglich“, erklärt Jutta Eckenbach MdB.

Berufsbildungsbericht 2014

Der Berufsbildungsbericht beschreibt die Entwicklungen sowie die aktuelle Lage im Bereich der beruflichen Bildung in Deutschland. Auf Wunsch der CDU/CSU hin wurde dieses für Deutschland so wichtige Thema zur besten Debattenzeit am Donnerstagvormittag diskutiert; verbunden mit der Vorstellung des Antrags **Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten - Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung stärken**. Darin spricht sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion angesichts der großen Bedeutung der beruflichen Ausbildung als Standortfaktor für deren Stärkung aus.

Operation Atalanta

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008.

Am Donnerstag wurde dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Rahmen der EU-geführten Operation Atalanta bis zum 31. Mai 2015 in namentlicher Abstimmung zugestimmt. Im Rahmen des Einsatzes tragen die Streitkräfte zur Sicherheit der Schifffahrt vor dem Horn von Afrika bei. Die seit 2008 bestehende Mission hat bereits erfolgreich zu einer klaren Reduzierung der Piraterie im Seegebiet vor und um Somalia geführt. Das deutsche Kontingent wird nun von 1.400 auf 1.200 Soldaten gesenkt.

Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner

Der Deutsche Bundestag reagiert mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. **Erlaubt ist nun eine ergänzende Zweitadoption eines Adoptivkindes durch den eingetragenen Lebenspartner des ursprünglich Adoptierenden.** Dies gilt unabhängig davon, ob die Lebenspartnerschaft zum Zeitpunkt der ursprünglichen Adoption schon bestand. Eine gemeinsame Adoption von Kindern durch eine eingetragene Lebenspartnerschaft ist davon nicht berührt und weiterhin gesetzlich nicht erlaubt.

32. Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP) 2015/2016

In diesem Monat hat die Bewerbungsphase das 32. PPP-Programmjahr 2015/2016 begonnen. Bis zum 12. September 2014 können sich alle Interessenten erstmals online unter www.bundestag.de/ppp bewerben. Dort erhalten Sie auch weitere Informationen über das PPP und das Bewerbungsverfahren.

